

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Peter Glotz, Bundesgeschäftsführer der SPD, fordert die Politiker auf, sich um eine europäische Identität zu bemühen.

Seite 1

Antje Huber MdB, Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, plädiert für Verständnis gegenüber alternativlebenden Jugendlichen.

Seite 3

Heinz Galinski, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, analysiert die Situation der Rechtsextremisten in der Bundesrepublik: Sie wurden lange unterschätzt.

Seite 5

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 106-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 76

22. April 1981

Gelassenheit tut not

Wir bieten in der Debatte über unsere Identität ein trauriges Bild

Von Dr. Peter Glotz
Bundesgeschäftsführer der SPD

Die Agenturmeldungen aus den letzten Tagen zeigen schlaglichtartig geistige Unsicherheit, in der Europa zu Anfang der 80er Jahre lebt. Die Diagnose: Aus der neuen Welt schwappt der Neokonservatismus auf den alten Kontinent herüber. Aus Japan treffen die Meldungen über die glänzenden Erfolge eines - ironisch gesagt: staatsmonopolistischen Kapitalismus - auf verunsicherte Liberale. Von selbstbewußten und gleichzeitig aggressionsfreien europäischen Antworten keine Spur; stattdessen hektisch-schriille Kritik oder peinliche Anpasserei. Statt über europäische Identität debattieren wir über Antiamerikanismus; statt über die Weiterentwicklung und Selbstkorrektur unseres Sozialstaats wollen viele die Japaner nachäffen. Wir bieten ein trauriges Bild.

Alle paar Tage hört man aus den mittleren Rängen der neuen amerikanischen Administration merkwürdige Geräusche. Einmal attackiert ein "Sowjetexperte" namens Pipes auf wenig qualifizierte Art die Entspannungspolitik. Wenig später war es ein Mr. Middendorf, verteidigungspolitischer Berater des amerikanischen Präsidenten, der in die Saiten greift. Die hohen Sozialausgaben der Deutschen, so soll er gesagt haben, seien - wörtlich: "keine besonders originelle Entschuldigung". Auf die Haltungen angesprochen, die die Bundesregierung in Abrüstungsverhandlungen zwischen Moskau und Washington setzt, bemerkte Middendorf: "Das ist natürlich super-schlau: Man will das Geld für die Rüstung nicht ausgeben und verhandelt deshalb lieber mit dem potentiellen Angreifer." Der drastischste Satz: "Ich meine, die höchste Form sozialer Sicherheit ist immer noch ein starkes Militär."

Darauf könnten wir ruhig, sachlich und auf entsprechender politischer Ebene antworten: Wir meinen das nicht. Der



deutsche Sozialstaat, von der Arbeiterbewegung in einem Jahrhundert erkämpft, hat eine Friedensfunktion nicht nur nach innen. Wir wollen uns wirksam verteidigen; aber wir lassen Sozialstaat und Verteidigung nicht gegeneinander ausspielen. Von Kraftsprüchen als Politikersatz haben wir nach zwei Weltkriegen die Nase voll. Das gilt für deutsche Kraftsprüche ebenso wie für amerikanische.

Leider läuft die Diskussion in der Bundesrepublik so nicht. Die Herren Pipes, Middelndorf und Co. finden sofort deutsche Kritiker, die die Apokalypse ausrufen und am liebsten das Bündnis aufkündigen möchten. Die Äußerungen werden auf "die Amerikaner" hochgerechnet, obwohl dort, wie bei uns, Abermillionen mit solchen Reden nichts zu tun haben wollen und obwohl auch der amerikanische Außenminister falsche Töne meist rasch korrigiert. Die andere Seite wiederum, von der Zitate aus Washington als Evangelium genommen werden, warnt mit hysterischem Unterton vor Antiamerikanismus. Was für eine jämmerliche Debatte!

Ein anderes Beispiel sind die in Mode kommenden deutsch-japanischen Kunststücke. Walther Leisler Kiep, ein sonst doch abgewogener Mann, hat sich gerade wieder mit einem hervorgetan. Der Deutsche Depeschendienst zitierte aus der Hannoverschen Neuen Presse: "Kritik an der Arbeitsintensität der Deutschen hat der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Walther Leisler Kiep, geübt. Arbeiter und Manager in der Bundesrepublik hätten sich im Vergleich zu den Japanern an eine etwas langsamere Gangart gewöhnt. Außerdem betrage der Krankheitsstand in der japanischen Industrie nur ein Prozent, in der deutschen Industrie dagegen zehn Prozent."

Was sollen solche Vergleiche? Kiep weiß doch ohne Zweifel, daß die Sicherung des japanischen Arbeiters bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und Alter, mit der deutschen gar nicht zu vergleichen ist; wie kann er sich also wundern, daß die Japaner auch noch zur Arbeit gehen, wenn sie krank sind? Er weiß doch genauso, daß im Unterschied zur atomisierten deutschen Kleinfamilie in Japan der Einzelne noch in weiten Schichten vom sozialen Netz einer Großfamilie aufgefangen wird, daß Japan also sein Industriesystem auf einem ganz anderen kulturellen System aufbauen kann. Warum denn solch platte Vergleiche? Wollen wir bei uns, unter Führung von Leisler Kiep die mittelständische Wirtschaft auch abschaffen und Staat und Großkonzerne eng verflechten? Schon diese wenigen Fragen zeigen: Unsere Weltregierenden sollten beim Vergleichen maßhalten, meinethalben im Gedenken an Ludwig Erhard, der immer vom Maßhalten sprach. Die deutsch-japanischen Kunststücke sind langweilig geworden. Die Herren müssen sich was Neues einfallen lassen.

Das Fazit aus alledem? Die europäischen Politiker sollten sich auf eine europäische Identität besinnen. Die verträgt sich nicht nur mit dem Bündnis, das wir dringend brauchen, in dem wir bleiben müssen und wollen; das Bündnis verlangt sogar Partner mit eigener Identität.

Wir haben unsere Geschichte, unsere bitteren Erfahrungen, unsere wirksam erkämpften Sozialformen. Nach den äußeren und inneren Zerstörungen durch zwei Weltkriege ist eine "Politik der Stärke", ein Streben nach militärischer Überlegenheit für uns nicht akzeptabel. Wir wollen, nach einem zweihundertjährigen Rausch der Technik, nach dem sich der Mensch zum "maitre et possesseur de la nature" zum Meister und Besitzer der Natur aufgeschwungen hat, jetzt vorsichtig prüfen, was wir machen. Nicht alles, was technisch möglich ist, muß verwirklicht werden. Wir spüren, daß wir den Sozialstaat, das große soziale Netz, durch kleine Netze unterfangen müssen; aber wir lassen es uns nicht zerschneiden und zerreden.

Solche gelassene Sicherheit, solch ein Bekenntnis zur eigenen Geschichte, zu den eigenen Fehlern, aber auch zu den eigenen Leistungen tut bitter not. Hätten wir diese Sicherheit, könnten wir uns jedes "Anti" ersparen. Wir wären weder anti-amerikanisch noch anti-japanisch, sondern Deutsche, die sich frei fühlten von anderen zu lernen, ohne sich zu verbiegen. Wie lang wird es dauern, bis wir zu solcher Sicherheit finden?

(-/22.4.1981/ks/va)

+ + +



Leiden an der Wirklichkeit

Was hat es mit den sogenannten "Aussteigern" auf sich?

Von Antje Huber MdB

Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit

Von 5,4 Millionen jungen Menschen zwischen 17 und 23 Jahren ist fast eine Dreiviertelmillion "ausgestiegen". Weitere zwei Millionen schätzungsweise sind unzufrieden, weil sie nicht den gewünschten Beruf ergreifen, arbeitslos werden können, anders leben wollen.

Sie leiden an der Wirklichkeit, an die wir Älteren uns gewöhnt haben. Die Jungen in den Gruppen, die sich alternativ nennen, weil sie eben anders sein wollen, nennen das, auf was wir nach Krieg und Not so stolz blicken, "Zwangsstrukturen", diese "Grammatik des Wohlfahrtsstaates", die sie traurig macht. Wir vor allem, wir Sozialdemokraten, haben sehr für eine verbesserte Bildung und Ausbildung für alle gekämpft. Aber auf diesem höheren Anspruchsniveau entdecken nun viele Jugendliche nichts als ihre Überflüssigkeit. Es schockiert sie, daß 40 Prozent unserer Investitionen darauf gerichtet sind, Arbeitsplätze einzusparen, und daß die übrig bleibenden meist so wenig menschlich sind und da fällt es schwer zu widersprechen.

Sie sind in der Minderheit, diese 13 Prozent, die sich schon abgekehrt haben. Aber sehr viele junge Leute möchten jetzt weg von der "Industriekultur". Schule als "totale" Bildungs- und Erziehungs- und Sozialisationssystem vermittelt ihnen, so sagen sie, keine "Sprache fürs Leben". Und leisten, leisten soll man nur, wenn man weiß, wofür, für sich zum Beispiel in der engeren Umgebung, selber Brot backen, eine Zeitung machen, sich nicht lauter "Sachzwängen" unterordnen. Es gibt übrigens schon mehrere Hundert solcher Zeitungen. Viele junge Leute wollen es gar nicht mehr so weit bringen wie ihre Eltern.

Wir waren in den letzten Jahren auch in der Partei so oft auf "Sinnsuche". Wir haben das bloß nicht so praktisch aufgefaßt.

Eine heile Welt, ein eigenes Reich mit Freunden, Ideen, praktischer Arbeits- und Gefühlswärme, das macht Sinn. Eine Welt außerhalb der Politik. Wir dagegen sprechen die "bekloppte Sprache der Politiker", verbeamteten das Leben und verwalten die Konflikte. Können wir - besonders wir Sozialdemokraten, die wir doch immer, nicht nur verbal, für Freiheit und Gerechtigkeit waren, mit dieser anscheinend unpolitischen Generation sprechen?

Wir müssen es unter allen Umständen versuchen, auch wenn es sicher keine rasche Annäherung gibt. Unser Handeln bestimmt schließlich ihr Leben, ihr Handeln stellt uns vor neue Aufgaben. Zum Reden gehört, daß wir ehrlich sind und lernfähig, so wie wir das selber immer von den Kindern verlangt haben. Zum Ehrlichsein gehört auch, daß wir uns nicht einfach anbiedern, unsere Erfahrungen verschweigen. Alternatives Leben ist kein Generalkonzept für uns alle, selbst wenn wir uns das wünschen würden. Wir leben von der Industrie, von unserer Arbeitsleistung. Und davon leben auch die Rentner und die Jungen. In kleinbetrieblichen "Netzwerken", wie sie von jungen Leuten in Berlin und anderswo organisiert werden, kann die große Masse der Arbeitsplätze und der Renten nicht gesichert werden. Das wäre eine Illusion.

Neben der nötigen Vermenschlichung des engeren Lebensumfeldes, das durch Zersiedlung, Zerreißen von Arbeits-, Wohn-, Schul- und Freizeitwelt gelitten hat, hat unsere Bundesrepublik auch weiterhin Probleme, die sich nicht von kleinen Gruppen lösen lassen, in denen jeder für alles zuständig ist. Und wir können auch nicht dulden, daß Gewalt, Faustrecht zum Mittel der Politik wird.



Aber wenn wir doch sehen, daß es jahrelang leerstehende alte Häuser und gleichzeitig Wohnungsmangel gibt, auf der anderen Seite Klein-Manhattans ohne Spielplätze und Jugendräume, geschweige denn Zentren zum Selbst- und Mitbestimmen, fehlende Ausbildungs- und Arbeitsplätze, so kann man Enttäuschung über taube Ohren und Resignation bei denen verstehen, die keine Chance bekommen haben.

Einfacher leben zu wollen, kreativ zu arbeiten, wo sonst nur Funktionieren wie bei einer Maschine gefragt ist, Perspektiven, Freiräume, Kontakte suchen, das sind doch sehr sympatische Ziele, auch wenn sie in manchmal unympatischen Auftritten verfolgt werden. Wenn solche berechtigten und verständlichen Wünsche heute zu kurz kommen und dies eben demonstriert wird, so müssen wir eben auch Schattenseiten erkennen und Fehler zugeben. Und so wenig unsere Jugend einheitlich ist, so verschieden sind ihre Schwerpunkte setzt, Erfolge sieht, Nüchternheit deutlich macht, so sicher müssen wir doch auch manches neu definieren. Wir haben keine Möglichkeit, alle "im Grünen" zu leben, um das Wort mal im weitesten Sinne zu gebrauchen. Aber ein Neubeginn mit einigen Illusionen ist besser als Resignation.

Es gibt Themen, die haben bei den Jungen hohen Stellenwert und Symbolcharakter: Umweltschutz, Abrüstung, Kernenergie zum Beispiel. Gerade hier wird es schwierig sein, sich zu verständigen. Aber wir müssen immer wieder sagen, daß wir uns ja nicht im Friedenswillen unterscheiden, sondern nur in der Frage, wie er unter heutigen Bedingungen am besten zu sichern ist. Und die Kernenergie wird nicht um ihrer Technik willen geschätzt, sondern nur in petto gehalten für den Fall, daß es keine anderen ausreichenden Energielösungen gibt, wenn die natürlichen Brennstoffe (ziemlich bald) zu Ende gehen. Das ist doch keine Nach-uns-die-Sintflut-Mentalität.

Wir müssen auch sagen, daß die Geringschätzung, mit der die soziale Sicherheit von einem Teil der jungen Leute heute als "kein Thema mehr" abgetan wird, sich nur bei denen zeigen kann, die in eine so weich abgefederte Welt geboren sind und Auffangnetze für alle Risiken für selbstverständlich halten. Aber so selbstverständlich waren sie ja nicht und sind sie auch nicht, wie ein Blick in andere Länder zeigt. Sie stellen eine große politische Leistung - vor allem der SPD - dar. Daß wir uns auf den schon vollbrachten Taten nicht ausruhen können, ist natürlich ebenso klar wie, daß wir jetzt nicht alle Wünsche erfüllen können.

Wir könnten allerdings eine verständliche Sprache sprechen, bessere Informationen geben, mehr auf Fehlentwicklungen achten, die Bürokratie eindämmen und statt oftmals zu resignieren uns noch mehr engagieren.

Wir, die Partei, ihre Aktiven, ihre Mandatsträger, wir können nicht "aussteigen". Aber wir dürfen nicht die "Besserwisser" sein, die kritische junge Leute einfach abwehren. Auch die "alternativen" Jugendlichen sind unsere Kinder, aufgewachsen in der Welt, die wir gebaut haben. Was sie da ausdrücken, ist ihnen ernst, und deshalb muß es uns ernst sein.
(-/22.4.1981/ka/va)

+ + +



Wir standen mit Warnungen fast alleine

Zum Problem des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik

Von Heinz Galinski

Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Berlin

Wo immer sich der Ungeist einer furchtbaren Vergangenheit regte, haben wir an dieser und anderer Stelle unsere Stimme erhoben, um zu warnen und zu mahnen, daß Manifestationen einer rechtsextremistischen, neonazistischen Gesinnung nicht sorglos abgetan, sondern so ernst genommen werden müßten, wie sie es verdienen. Eine solche Haltung, die wir überlebenden Opfer des nationalsozialistischen Infernos als unsere Pflicht ansehen, schloß und schließt mitunter Kritik in sich. Diese Kritik war stets konstruktiv. Sie zielte auf die Stärkung unserer Demokratie. Eben dies unterscheidet sie von der Kritik der Linksextremisten, deren Polemik gegen einen zu großen Handlungsspielraum von Neonazis vor allem darauf bedacht ist, die freiheitliche, demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland mit solchen Kräften in Verbindung zu bringen und damit zu diskreditieren.

Weil man überall an verantwortlicher Stelle hierzulande diesen Unterschied kennt, wird das, was wir sagen, zumindest bis zu einem gewissen (wenn auch nicht immer ausreichenden) Grade beachtet. Dem aufmerksamen Beobachter ist bestimmt nicht verborgen geblieben, daß wir seit einiger Zeit uns in verstärktem Maße veranlaßt sahen, die Träger der politischen Verantwortung und die Öffentlichkeit auf die gesteigerte Aktivität neonazistischer Kreise, auf deren sich verdichtendes Geflecht internationaler Verbindungen und auf deren zunehmende Neigung zu terroristischer Gewalttätigkeit aufmerksam zu machen.

Diese unsere Hinweise, die wir mit Aufforderungen zu wirksamen Gegenaktionen verbunden hatten, dürften dazu beigetragen haben, daß das Bundeskanzleramt beim Münchner Sinus-Institut eine Studie über das rechtsextremistische Gesinnungspotential in der Bundesrepublik Deutschland in Auftrag gab, und daß kürzlich die Staatsschutzbehörden eine bundesweite Großrazzia durchführten, die Waffen und rechtsextremistisches Propagandamaterial in deutscher Sprache, jedoch ausländischer Herkunft zutage förderte.

Gewiß hat diese Großrazzia, die unter der Bezeichnung "Aktion Feuerwerk" lief, den harten Kern des deutschen Rechtsextremismus nicht getroffen. Das konnte sie schon deshalb nicht, weil sie von Ermittlungen ausging, die auf der Beobachtung des Post- und vor allem Postzahlungsverkehrs zwischen deutschen Neonazis und den in den USA und Kanada ansässigen rechtsextremistischen Zentren von Gary R. Lauck, George P. Dietz und Ernst Zündel beruhten. Es ist ganz klar, daß der harte Kern des deutschen Neonazismus, also die Rädelsführer verschiedener rechtsextremistischer Gruppen, Kontakte im In- und Ausland nicht über die Post aufrecht erhalten, sondern konspirativ vorgehen.

Das schmälert jedoch nicht den Wert der Aktion der Staatsschutzbehörden, die nach staatsanwaltschaftlicher Einschätzung etwa zwei Prozent der aktiven Neonazis erfaßte. Bei den von der Großrazzia Betroffenen handelte es sich um Personen, die eher an der Peripherie der rechtsextremistischen Szene stehen, bei denen also erst allmählich und in letzter Zeit die Bereitschaft zu einem Engagement im Sinne ihrer neonazistischen Gesinnung reifte und die noch eine gewisse Unsicherheit zeigen. Solche Elemente lassen sich durch plötzliches und entschlossenes Zugreifen abschrecken, was zu einer stärkeren Isolierung des harten Kerns des Rechtsextremismus von seiner Basis führt. Wenn man dies bedenkt, dann war die "Aktion Feuerwerk" schon ein Erfolg. Sie traf das Zwischenglied, das die Rädelsführer des organisierten Neonazismus mit dem Kreis derer verbindet, die mehr oder weniger unter dem Einfluß rechtsextremistischer Ideologien stehen und damit ein antidemokratisches Reservoir bilden, das sich unter Umständen in Zeiten verstärkter sozialer Spannungen gegen die freiheitliche, pluralistische Ordnung mobilisieren ließe.



Herauszufinden, wie es um dieses Reservoir steht und vor allem, wie groß es ist, war Aufgabe der Sinus-Studie, deren Ergebnisse in der Presse zu unterschiedlichen Beurteilungen geführt haben. Diese Studie fußt auf der Befragung von 6.968 Personen, die unter demoskopischen Gesichtspunkten ausgewählt wurden und damit ein repräsentatives Bild ergeben. Sie kommt zu der beunruhigenden Schlußfolgerung, daß etwa 13 Prozent der bundesdeutschen Wählerschaft ein von rechtsextremistischer Ideologie geprägtes Weltbild haben und daß die gute Hälfte von ihnen sogar terroristische Gewaltakte billigt, wenn diese durch eine rechtsextremistische Gesinnung motiviert sind.

Dieser Prozentsatz, der mehr als das Fünfzigfache der 68.096 NPD-Wähler vom Oktober 1980 beträgt und das ungefähr Einhundertfünfundsiebzigfache der Zahl organisierter Neonazis ausmacht, hat die Frage aufgeworfen, ob die Merkmale, die das Sinus-Institut dem Begriff "rechtsextremistisches Weltbild" zuordnet, überhaupt zutreffend sind. Bei diesen Merkmalen handelt es sich um folgende fünf Kriterien:

1. Abneigung gegen alle Menschen, die "anders" sind (zum Beispiel Ausländer, sexuelle Minderheiten, soziale Randgruppen, nonkonformistische Jugendliche),
2. Angst, daß der Bestand des deutschen Volkes durch Ausländer (Gastarbeiter) bedroht wird,
3. Ablehnung jedes gesellschaftlichen Pluralismus (Parteienverdrossenheit, Auffassung, daß es illegitim sei, Gruppeninteressen innerhalb der Gesellschaft zu vertreten),
4. Befahrung der patriarchalischen Familie als der Keimzelle der "Volksgemeinschaft" (Ablehnung der weiblichen Emanzipation und jeder auf kritisches Denken gerichteten Erziehung von Kindern und Jugendlichen),
5. Übernahme der meisten während der NS-Herrschaft gültigen Feindbilder (Ablehnung von Widerstandskämpfern und Emigranten der Jahre 1933 bis 1945, Ablehnung von Prozessen gegen NS-Gewaltverbrecher und so weiter).

Wer immer sich zu solchen Auffassungen bekennt, muß sich zumindest eine Anfälligkeit für den Rechtsextremismus nachsagen lassen, was noch nicht bedeutet, daß diese Personen gegenwärtig ein Engagement in rechtsextremistischen Vereinigungen suchen oder für sinnvoll halten, und daß sie bei Wahlen solchen Parteien ihre Stimme geben. Es heißt, daß dieser Kreis unter gewissen Bedingungen, die heute noch kaum gegeben sind, in der Zukunft aber durchaus eintreten können, für rechtsextremistische Propaganda ansprechbar ist und dann im rechtsextremistischen Sinne aktiv werden könnten.

Dies haben wir stets im Auge gehabt, wenn wir daran erinnert haben, daß im Bewußtsein einiger Bevölkerungskreise hierzulande die Demokratie noch nicht so fest verwurzelt ist wie in anderen Ländern und daß man die Gefährlichkeit des Rechtsextremismus nicht ausschließlich und nicht vornehmlich an der Zahl seiner organisierten und aktiven Anhänger messen kann.

Auch wenn es manche nicht wahrhaben wollen: Der Rechtsextremismus bleibt für unsere Demokratie, bleibt für unsere Gesellschaft weiterhin ein Problem. Das müßte er - zumindest in solchem Grade - nicht sein, wenn in der demokratischen Öffentlichkeit und insbesondere bei den Trägern politischer Verantwortung in früheren Jahren das notwendige Problembewußtsein vorhanden gewesen wäre. Entsprechende Einsichten scheinen sich nunmehr auch dort durchzusetzen, wo die unmittelbare politische Verantwortung für die innere Sicherheit unseres demokratischen Staates liegt.

Mit begrüßenswerter Deutlichkeit hat Bundesinnenminister Baum kürzlich im Hessischen Rundfunk von 19.800 organisierten Rechtsextremisten gesprochen und vermehrte Anzeichen für einen sich in Ausschreitungen und Gewalttätigkeiten äußernden "unkalkulierbaren Fanatismus" dieser Kreise konstatiert. Der Minister räumte endlich ein, daß der Rechtsextremismus bisher unterschätzt worden ist.

Bei diesen Feststellungen allein darf es nicht bleiben. Wir hätten gern gewußt, welche konkreten Maßnahmen die Bundesregierung gegen den Rechtsextremismus zu treffen gedenkt, und wir erwarten, daß sich außer uns auch andere, zum Beispiel die Kirchen und die Gewerkschaften, zu diesem Problem äußern, das alle Demokraten angeht. Bisher standen wir mit unseren warnenden Hinweisen fast allein. Die gesamte demokratische Öffentlichkeit bleibt aufgefordert, den akuten wie den latenten Gefährdungen unserer freiheitlichen Ordnung durch den Rechtsextremismus klar ins Auge zu sehen und aus ihrer bisherigen Passivität hervorzutreten.

(-/22.4.1981/ks/wa)